

Wirtschaft

„Wir steuern sehenden Auges auf den demografischen Wandel zu. Machen wir nicht denselben Fehler wie beim Klima.“
Heiner Oberrauch, scheidender UVS-Präsident

„Ich bin nicht ganz zufrieden“

ABSCHIEDSPRESSEKONFERENZ: UVS-Präsident Heiner Oberrauch über Demografie, Klimaschutz, Digitalisierung – und die Lehren aus vier Jahren Amtszeit

BOZEN (hil). Es war keine klassische Rückblickskonferenz. Denn selbst bei seinem Abschiedsauftritt gestern richtete Heiner Oberrauch den Blick hauptsächlich nach vorn. Nach vier Jahren an der Spitze des Unternehmerverbandes (UVS) zieht er sich zurück – die Herausforderungen für Südtirol aber bleiben.

„Ich bin nicht ganz zufrieden“, lautete sein selbstkritisches Fazit. „Wenn ich eine Lektion gelernt habe, dann die: Manches dauert eben länger, als wir Unternehmer es gewohnt sind.“ Von Politik und Verwaltung hätte er sich öfter mehr Mut und Tempo gewünscht. Zwar habe sich in einigen Bereichen etwas bewegt, doch die großen „Baustellen“ seien weitgehend dieselben geblieben.

Er, der – wie UVS-Direktor Josef Negri betonte – stets über den Tellerrand der Industrieinteressen hinausschaute, stellte seine Präsidentschaft unter das Motto „enkeltaugliches Wirtschaften“. Für Oberrauch bedeutet das weit mehr als Klimaschutz: Es geht um eine Wirtschaft, die langfristig tragfähig, sozial verträglich und ökologisch verantwortungsvoll ist. „Wir sind es der Jugend schuldig, dass sie Gestaltungsräume vorfindet – und eine Zukunft, an die man glauben kann.“

Demografischer Wandel als größte Herausforderung

Ganz oben auf seiner Agenda – damals wie heute – steht der demografische Wandel. Für Oberrauch ist er „die größte Herausforderung unserer Zeit“. „Wir steuern sehenden Auges auf die-

ses Problem zu. Machen wir nicht denselben Fehler wie beim Klima“, mahnte er. „In nicht einmal zehn Jahren müssen 15 Prozent weniger Menschen dieselbe Leistung erbringen wie heute, um den Wohlstand zu halten.“

Die Situation könnte sich weiter zuspitzen – durch sinkende Geburtenraten und zunehmende Abwanderung. Oberrauch verwies auf eine Studie der Fondazione Nordest: Zwischen 2011 und 2023 haben rund 14.000 junge Menschen Südtirol verlassen. „Auf fünf abgewanderte Südtiroler kommt nur eine zugezogene Person aus dem Ausland.“

Im European Regional Attractiveness Index (ERAI) liegt Südtirol nur auf Platz 120 von 216 Regionen – hinter Trentino und Nordtirol. Um Südtirol als Arbeitsort attraktiver zu machen, sieht Oberrauch auch die IDM Südtirol gefordert: „Anstatt immer mehr Touristen anzulocken, könnte IDM verstärkt Südtirol als Arbeitsort promoten und europaweit Fachkräfte anwerben.“

Fachkräfte halten – nicht nur gewinnen

Ein entscheidender Hebel sei dabei auch professionelles Relocation Management: „Ziel ist es, nicht nur Mitarbeiter zu gewinnen, sondern sie langfristig zu halten – indem man ihnen das Ankommen erleichtert.“ Dazu gehöre Hilfe bei Wohnungssuche, Behördenwegen, Sprachkursen oder der Integration der Familie. Denn: Ganz Europa buhle aktiv um Talente. Wer zu langsam sei, verliere.

Das neue IDM-Statut sei derzeit in Ausarbeitung – eine Chance, Aufgaben neu zu defi-



Heiner Oberrauch: „Ganz Europa buhlt aktiv um Talente. Wer zu langsam ist, verliert.“

nieren. Und was ist mit der Tourismuswerbung? „Nebensaisonen oder strukturschwache Regionen können schon noch beworben werden, aber darüber hinaus sehe ich keinen großen Bedarf.“ Sein Gedanke auch hier: „Weg vom Mehr, hin zum Besser.“

Strukturelle Reformen

Auch die oft geforderte Spending Review ist für Oberrauch ein Element enkeltauglichen Wirtschaftens – allerdings nicht im Sinne eines reinen Sparpro-

gramms: „Spending Review bedeutet nicht, wahllos Leistungen zusammenzustreichen, sondern Strukturen zu hinterfragen.“ Gerade im Gesundheitsbereich gebe es Verbesserungsmöglichkeiten – etwa durch die Vereinheitlichung von IT-Systemen. „Manche Dinge macht man nur, weil man sie immer schon so gemacht hat. Aber das ist kein Argument in Zeiten, in denen vieles neu gedacht werden muss“, so Oberrauch. Beispiel: Die getrennten Landesabteilungen für Handwerk und Industrie, obwohl beide dieselben Aufgaben

Klimaschutz mit wirtschaftlichem Augenmaß

Nachhaltigkeit ist für Oberrauch die zweite große Aufgabe. „Wir müssen wirtschaftliche Prosperität und Klimaschutz unter einen Hut bringen.“ Dass dies gehe, zeige das Beispiel Fotovoltaik: „Man leistet einen Beitrag zum Klimaschutz und Unternehmen können mittel- bis langfristig unabhängiger von Verwerfungen an den Energiemärkten werden.“ In der Förderpolitik könne man in Zukunft ruhig noch konsequenter auf die Aspekte Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz achten. „Investitionen, die diesen Zielen nicht dienlich sind, können ruhig gestrichen werden.“ Unternehmer seien als Teil der Lösung des Klimaproblems zu sehen.

Digitalisierung: Rückstand aufholen

Auch Digitalisierung zählt Oberrauch zu den zentralen Herausforderungen. Doch Südtirol sei hier – wie Italien insgesamt – nicht optimal aufgestellt. „KI, Automatisierung und Co. sorgen für tiefgreifende Veränderungen.“ In der öffentlichen Verwaltung müsse das Thema viel stärker vorangetrieben werden, sie dürfe jedoch kein Selbstzweck sein: „Sie muss spürbare Vorteile für Bürger und Unternehmen bringen – etwa durch effizientere Abläufe, einfacheren Zugang zu Leistungen und bessere Datenvernetzung.“

Der Irap-Erfolg

dann doch auf Erreichtes ein: Die Irap, laut dem Unternehmer die „dümmste aller Steuern“, weil sie personalintensive und investitionsfreudige Betriebe bestraft, sei wieder auf 2,68 Prozent herabgesenkt worden. Zudem lobte er die stets gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern im Land. Auch beim Thema Wohnen seien Fortschritte gelungen, wenngleich der Weg hin zu einem funktionierenden Mietmarkt noch länger sei, der nicht zuletzt wichtig sei, um Arbeitskräfte anzuziehen und die Abwanderung einzudämmen.

Ermüdende Tourismusdebatte

Dass die öffentliche Debatte in seiner Amtszeit stark auf den Tourismus fokussiert war, habe ihn nicht gestört. Sehr wohl aber mitunter die Unausgewogenheit der Wahrnehmung. Er warnt davor, den Tourismus als alleinigen wirtschaftlichen Motor zu sehen und andere Wirtschaftsbereiche zu übergehen. „Auch war es wohl nicht immer zielführend, dass der Tourismus laut auf Kritik von außen reagiert hat. Die Branche ist, wie wir alle, auf eine positive Grundhaltung in der Gesellschaft angewiesen.“

Rieper designiert

Das Kapitel Heiner Oberrauch an der UVS-Spitze endet offiziell mit der Wahl seines Nachfolgers am 4. Juni. Designiert wurde Alexander Rieper, der ein Amt übernehmen wird, das auch in den nächsten vier Jahren klare Haltung und Mut zur Veränderung verlangen wird.

© Alle Rechte vorbehalten

PERSONALIE

Zobeles ist neuer Präsident der S.I.E. AG



TRIENT/BOZEN. Der Verwaltungsrat der S.I.E. AG, Herausgeberin der Tageszeitungen „Alto Adige“ und „l'Adige“, hat sich einstimmig für Enrico Zobeles als neuen Präsidenten des Verwaltungsrates der Gesellschaft ausgesprochen. In einer Aussendung der S.I.E. AG wird Zobeles als herausragende Persönlichkeit auf lokaler, italienischer und internationaler Ebene bezeichnet, er tritt die Nachfolge des kürzlich verstorbenen Orfeo Donatini an. Zobeles ist ein bedeutender Unternehmer aus dem Trentino und Ehrenpräsident der Zobeles-Gruppe. Unter seiner Führung wuchs das Unternehmen von einer nationalen zu einer globalen Größe und wurde strategischer Partner wichtiger multinationaler Unternehmen. ©

Trump schlägt 50-Prozent-Zoll für EU-Waren ab 1. Juni vor

HANDELSSTREIT: „Gespräche führen zu nichts“ – Börsen brechen ein, Goldpreis legt zu – EU-Kommission wollte sich zunächst nicht äußern

WASHINGTON (dpa). US-Präsident Donald Trump plädiert für Zölle von 50 Prozent ab dem 1. Juni für Waren aus der Europäischen Union.

Mit der EU sei es schwierig, über das Thema Handel zu reden, erklärte Trump am Freitag in Sozialen Medien. Es werde keine Zölle geben, wenn das jeweilige Produkt in den USA hergestellt werde. „Die Europäische Union, die in erster Linie gegründet wurde, um die USA im Handel auszunutzen, ist sehr schwierig zu handhaben“, kritisierte Trump. „Unsere Gespräche mit ihnen führen zu nichts“, so der US-Präsident.

Er kritisierte „mächtige Handelschranken, Mehrwertsteuern, lächerliche Unternehmensstrafen, nicht-monetäre Handelshemmnisse, Währungsmanipulationen, unfaire und ungerechtfertigte Klagen gegen amerikanische Unternehmen und vieles mehr“.

Die EU-Kommission lehnte eine Stellungnahme ab und wollte erst ein Telefonat zwischen EU-Handelskommissar Maros Sefcovic und US-Vertretern abwarten.

Trump überzieht die wichtigsten Handelspartner seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus mit hohen Sonderzöllen. Viele dieser neuen Zölle sind aber derzeit vorläufig ausgesetzt, um in Verhandlungen eine Lösung zu finden. Die EU müsse auf Gespräche setzen, sagte jüngst die neue deutsche Wirtschaftsministerin Katherina Reiche. „Wir müssen verhandeln, wir müssen zu einer Lösung kommen, weil eine Eskalation keine Gewinner kennt.“

Trump hatte im April nach großen Turbulenzen an den Aktien- und Finanzmärkten überraschend entschieden, vielen Staaten – darunter auch die EU – 90 Tage lang, also bis Anfang Juli, eine Pause von bestimmten Zöllen zu gewähren. Dabei geht es um Strafzölle, die sich am Handelsdefizit der jeweiligen Länder orientieren. Damit legte der US-Präsident einen Teil seines gewaltigen Zolpakets, das er Anfang April angekündigt hatte, vorerst auf Eis. Die EU hatte ebenfalls angekündigt, geplante Gegenzölle auf US-Produkte vorerst für 90 Tage auszusetzen.



„Die Europäische Union, die in erster Linie gegründet wurde, um die USA im Handel auszunutzen, ist sehr schwierig zu handhaben“, so Donald Trump gestern.

APA/afp/JIM WATSON

Der EU hatte Trump damals flächendeckend Zölle in Höhe von 25 Prozent angedroht, sollte es keine eigene Einigung mit den USA geben. Auf ein Angebot aus Brüssel für die gegenseitige Aufhebung aller Zölle auf Industriegüter ging die Trump-Regierung bisher nicht

ein. Allerdings zeigte sich Trump in der Vergangenheit optimistisch, mit den Europäern eine Lösung im Zollstreit zu finden.

Es ist nun völlig unklar, ob die Strafzölle in Höhe von 50 Prozent ab Juni wirklich in Kraft treten. Trump hat in der Vergan-

genheit regelmäßig mit hohen Zöllen gedroht – und im Anschluss eine Kehrtwende vollzogen. Der US-Präsident will mit den Zöllen angebliche Handelsungleichgewichte korrigieren und Produktion in die USA verlagern. Zugleich sollen die Zolleinnahmen dazu dienen, sein teures Wahlversprechen großer Steuersenkungen zumindest teilweise gegenzufinanzieren.

Die Ankündigungen des US-Präsidenten sorgten umgehend für Reaktionen an den Finanzmärkten. So weitete der deutsche Aktienindex Dax seine Verluste aus, während der Euro seine Gewinne abgab. Gold hingegen kletterte auf 3.355 Dollar. Das waren etwa 60 Dollar mehr als am Vortag. Im Verlauf der Handelswoche ist der Goldpreis mittlerweile etwa 150 Dollar gestiegen. Der Goldpreis nähert sich damit wieder dem Rekordhoch, das Mitte April bei 3.500 Dollar erreicht worden war. Im Mai war Gold zwischenzeitlich bis auf 3.120 Dollar zurückgefallen, konnte sich aber zuletzt deutlich erholen.

© Alle Rechte vorbehalten